

Wetzlarer Neue Zeitung

D 7317A | Nr. 28 | 79. Jahrgang | VRM, Postfach 2961, 35539 Wetzlar



www.mittelhessen.de

Freitag, 2. Februar 2024 Preis: 3,00 Euro

Wetzlarer Schüler für Demokratie

Bundesweit gehen derzeit Hunderttausende auf die Straße, um freiheitliche Grundwerte zu verteidigen. Wir schauen, wie sich Wetzlarer Schüler engagieren und auf die Demo am Samstag vorbereiten – und was das Schulamt zu der Thematik sagt. ► SEITE 11

Foto: Tanja Freudenmann



Für die Demokratie eintreten

Aktuell gehen Hunderttausende gegen Rechtsradikalismus auf die Straße / Was Wetzlarer Schulen dazu sagen

Von Tanja Freudenmann und Laura Wilken

WETZLAR. Hunderttausende haben deutschlandweit für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus demonstriert, für die Demo „Nie wieder ist jetzt!“ am Samstag in Wetzlar rechnen die Veranstalter mit mindestens 5000 Teilnehmern. Es ist die dritte Protestwoche nach den Enthüllungen des Recherchenetzwerks „Correctiv“ über ein Geheimtreffen von AfD-Vertretern mit Rechtsextremen, auf dem Deportationspläne für Menschen mit Migrationsgeschichte diskutiert wurden. Ein Thema, das auch Schülerinnen und Schüler bewegt. Wie gehen Schulen damit um?

„Es gibt aus meiner Sicht zurzeit innenpolitisch nichts Wichtigeres, was nach außen getragen werden muss. Nämlich, dass die Demokraten und die Menschenfreunde in Deutschland in der Überzahl sind.“

Astrid Kalantzis, Leiterin der Albert-Schweitzer-Schule in Wetzlar

Das Thema Demokratie wird an der Wetzlarer Goetheschule im Unterricht fächerübergreifend in Projekten und Veranstaltungen behandelt – und im Schulalltag gelebt. Das berichtet Thorsten Fuchs, in der Schulleitung Aufgabenfeldleiter Gesellschaftswissenschaften. Für das Holocaust-Gedenken haben sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer Zeit genommen, im Februar wird Philipp Schlaffer, seit seinem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene als Anti-Gewalt- und Deradikalisierungstrainer tätig, erneut Hessens größtes Oberstufengymnasium besuchen. Im Mai folgt ein Demokratietag.

Über die Demonstration des Demokratiebündnisses Lahn-Dill am Samstag in Wetzlar werde in der Schule mit aktuell 1030 Schülern informiert, es werde aber nicht explizit zur Teilnahme aufgerufen, so Fuchs, der auf das Neutralitätsgebot an Schulen verweist. Im Schulalltag gebe es einen zweigeteilten Zugang zum Thema Demokratie, erklärt



Gemeinsam, bunt und kreativ: Schüler, Lehrer und Eltern gestalten an der Albert-Schweitzer-Grundschule Plakate für die Demonstration am Samstag in Wetzlar. Foto: Tanja Freudenmann

Mathias Fich, Fachsprecher Politik und Wirtschaft. Die im Lehrplan verankerten Themen wie Grund-, Menschen- und Verfassungsrecht(e) würden praxis- und schülerorientiert erklärt. Ein Beispiel: Wie das Grundgesetz vor Umsturzversuchen schütze, sei am Beispiel des im Dezember 2022 bei einer Razzia festgenommenen Heinrich XIII. Prinz Reuß, mutmaßlicher Rädelführer eines militanten Netzwerkes, dargelegt worden.

„Die Stärkung von Medienkompetenzen und der Umgang mit (Falsch-)Informationen wird in Zukunft einen großen Stellenwert einnehmen.“

Evelyn Benner, Leiterin der Theodor-Heuss-Schule in Wetzlar

In „aktuellen Stunden“ werden die Berichterstattung zum Rechten-Treffen in Potsdam sowie die Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus in Deutschland aufgegriffen. Demokratische Werte vertieft und gefördert werden in der inklusiven Arbeitsgruppe für Eltern und Schüler „Demokratie lernen“. „Das Thema De-

mokratieverständnis bewegt uns in allen Fächern“, sagt auch Holger Sturm, Personalratsvorsitzender und Fachsprecher Latein. Besonders ergreifend sei für die Schüler jüngst eine Veranstaltung gewesen, in der über das Schicksal jüdischer Schüler der Goetheschule wie das des ins Konzentrationslager deportierten Ernst Rosenthal berichtet wurde. Ende Februar werde am Standort eine Gedenktafel für den 1937 aus der Schule vertriebenen Lehrer Dr. Christian Wilhelm Mackauer an der Schule enthüllt.

„Aufgrund der Größe und Vielfalt unserer Schule mit vier verschiedenen Schulformen und zehn Ausbildungsberufen gibt es keine flächendeckende, gleiche Behandlung des Themas im Unterricht“, teilt Evelyn Benner, Schulleiterin der Theodor-Heuss-Schule, auf Nachfrage mit. Dennoch gebe es Angebote, um das Thema Rechtsradikalismus in den Unterricht zu integrieren. Unter anderem hätten die Lehrkräfte an der Heuss-Schule eine „Demokratie-AG“ gegründet. „Dort erarbeiten sie derzeit Konzepte, wie wir langfristig Demokratiebildung in der Schule stärker aufgreifen und sichtbar machen wollen“, sagt Benner. Das Ergebnis soll dann an einem „Tag der Demokratie“ präsentiert werden. Zudem sollen externe

Workshops und Ausstellungen zum Thema stattfinden.

„Die Stärkung von Medienkompetenzen und der Umgang mit (Falsch-)Informationen wird in Zukunft einen großen Stellenwert einnehmen“, sagt Benner. Auch die Debatte über ein Verbotverfahren der AfD werde in Einzelfällen behandelt. „Solche aktuellen Bezüge versuchen unsere Lehrkräfte an vielen Stellen in ihrem Unterricht herzustellen“, erklärt die Schulleiterin.

„Das Thema Demokratieverständnis bewegt uns in allen Fächern.“

Holger Sturm, Personalratsvorsitzender und Fachsprecher Latein an der Goetheschule in Wetzlar

Demokratie, Rechtsradikalismus und Demos – auch ein Thema für die Grundschule? Das Team der Albert-Schweitzer-Grundschule in Büblingshausen „stellt sich konsequent auf die Seite unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte und gegen jene Kräfte, die dies einschränken oder gar abschaffen wollen“. Das schreibt Schulleiterin Astrid Kalantzis in einer Mail an alle

Eltern. „Deshalb nehmen wir am Samstag an der Demonstration und Kundgebung in Wetzlar teil.“ Bereits am Mittwoch waren Eltern und Kinder eingeladen, Plakate zu gestalten.

„Es gibt aus meiner Sicht zurzeit innenpolitisch nichts Wichtigeres, was nach außen getragen werden muss. Nämlich, dass die Demokraten und die Menschenfreunde in Deutschland in der Überzahl sind“, so die Schulleiterin. „Deshalb haben wir beschlossen, uns klar zu positionieren, zumal wir als verbeamtete Lehrer dazu aufgerufen sind, unsere Verfassung und unsere Grundrechte zu schützen und aktiv dafür einzutreten“, sagt Kalantzis. An ihrer Grundschule, an der ein buntes Kollegium unterrichtet und viele Kinder mit Migrationshintergrund unterrichtet werden, gehe man auf das Thema situationsbedingt ein.

„Man muss dabei sehr feinfühlig sein, um keine Ängste auszulösen.“ Ihrem Team sei es wichtig, auszudrücken, „wir sind an eurer Seite“. Vorfälle mit rechtem Hintergrund habe es an der Schule nicht gegeben. Aber: Als das Kollegium sich für Flüchtlinge, damals in der Kestnerschule untergebracht, engagiert habe, sei das Team im Internet bedroht worden. „Der Staatsschutz wurde eingeschaltet.“

Was bedeutet Demokratie für Sie?

Das antworten Jugendliche an der Wetzlarer Goetheschule auf unsere Frage

WETZLAR (taf). Für Demokratie und gegen rechts wird am Samstag auch in Wetzlar demonstriert. Wir haben Wetzlarer Goetheschüler gefragt, was Demokratie für sie bedeutet.

Leon Pelikan (18), Gießen: „Demokratie keimt, wo Dialog bleibt. Gerade jetzt aktuell. Bei uns an der Schule wird das gelebt, es wird sehr viel über Demokratie gesprochen, das wurde gerade noch einmal bei unserer Schülerratssitzung deutlich.“

Till Schäfer (17), Schöffengrund: „Demokratie gibt uns die Möglichkeit, in der Politik mitzubestimmen. Politik bestimmt unser Leben, dementsprechend bedeutet Demokratie für mich, dass der Einzelne Einfluss auf unser Leben nehmen kann. Demokratie bedeutet auch, Dinge hinzunehmen, die einem vielleicht nicht gefallen, aber der Mehrheit.“

Malte Josua Stoll (18), Wetzlar: „Demokratie bedeutet, dass jeder mitbestimmen kann, egal ob jung oder alt, egal wo man herkommt. Demokratie bedeutet Respekt und Toleranz der Person und ihrer Meinung gegenüber.“

Peter Lorenz (18), Ehringshausen: „Demokratie ist ein Bekenntnis zur Menschheit. Wir sind alle gleichwertig und sollten als gleichwertige Individuen anerkannt werden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion.“

Leni Müller (19), Ehringshausen: „Für mich ist Demokratie ultrawichtig, weil wir durch Demokratie die eigene Zukunft und die der nächsten Generation gestalten können.“

Hannah Fink (18), Wetzlar: „Demokratie bedeutet für mich, dass ich mich für das engagieren kann, was mir wichtig ist. Zudem gibt es einem ein Gefühl von Sicherheit, zu wissen, dass man in einer Demokratie lebt. Diese Sicherheit ist nicht selbstverständlich, es ist wichtig, sich dafür einzusetzen.“

Charlotte Hellhund (17), Schöffengrund: „Der Aspekt der Toleranz ist mir sehr wichtig ebenso wie die Möglichkeit der Mitbestimmung durch Wahlen.“

Peer Reis (18), Wetzlar: „Für mich bedeutet Demokratie, dass jeder mitbestimmen kann, was im Land passiert, jeder Kontrolle darüber hat, was die Politik macht.“

Nathalie Harren (18), Wetzlar: „Demokratie ist für mich ein



Leon Pelikan.



Malte Josua Stoll.



Peter Lorenz.



Hannah Fink.



Peer Reis. Fotos: Tanja Freudenmann

Staat, der durch das Volk und seine Vertreter regiert wird. Demokratien bestehen aus Diskurs und Kommunikation und genau das erleben wir derzeit mit den Demos.“

Wie Schulen mit Rechtsextremismus umgehen

Schulamtssprecher Dirk Fredl berichtet von Vorkommnissen im Lahn-Dill-Kreis und den Reaktionen darauf

WETZLAR (taf). Extremistische Vorfälle an Schulen sind in den vergangenen Jahren nur vereinzelt von den Schulen gemeldet worden, teilt Schulamtssprecher Dirk Fredl mit. Wie die Schulen damit umgehen und was getan wird, damit es erst gar nicht dazu kommt.

Lernen ohne Diskriminierung und ohne Ausgrenzung

„In den vergangenen Jahren sind seitens der Schulen nur vereinzelt Meldungen bezüglich extremistischer Vorfälle beim Staatlichen Schulamt eingegangen“, sagt Fredl. Diese hätten sich bis Herbst 2023 darauf bezogen, dass entweder ein Hakenkreuz zum Beispiel mit Kreide an die Tafel gezeichnet beziehungsweise in einen Tisch eingeritzt, oder aber der „Hit-

lergruß“ gezeigt worden sei. War der Verursacher bekannt, seien Gespräche mit den Betroffenen und den Erziehungsberechtigten darüber geführt und der Vorfall pädagogisch aufgearbeitet worden.

Dasselbe gelte für israel-feindliche Äußerungen von Schülern. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel habe es einzelne Vorfälle gegeben. In einem Fall sei Strafanzeige erstattet worden.

Grundsätzlich gelte es, den im hessischen Schulgesetz definierten Bildungs- und Erziehungsauftrag umzusetzen. Die „Achtung der Grundrechte, interkulturelle Erziehung

und die Rücksichtnahme auf die Empfindungen und Überzeugungen Andersdenkender“ seien Fundamente der schulischen Bildung.

Für deren Umsetzung trage die einzelne Schule Verantwortung, damit Schüler „in einer gewaltfreien, respektvollen und wertschätzenden Atmosphäre miteinander lernen können – ohne Ausgrenzung und Diskriminierung fürchten zu müssen“, so Fredl.

Die Schulen seien durch das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen aufgefordert, antisemitische Vorfälle gemäß Paragraf 23

der Dienstordnung dem Staatlichen Schulamt zu melden, damit jedem Einzelfall nachgegangen werden könne. Hierzu zähle das Leugnen des Holocausts, das Verteilen antisemitischer Schriften, Symbole und Bilder bis hin zum Aufruf, Juden zu töten oder zu verletzen. „Das gilt sinngemäß auch für alle anderen Vorfälle auf Religion bezogener Diskriminierungen“, so Fredl.

Fachstelle „Rote Linie“ ist pädagogische Anlaufstelle

Gewalt- und Extremismusprävention sei „fester Bestandteil der schulischen Curricula und der Schulprogramme“. Unter anderem werde im Rahmen des Politikunterrichts auf aktuelle Ereignisse eingegangen. Im Hinblick auf die Extremismusprävention,

aber auch die Aufarbeitung von Vorfällen, stünden Schulen Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung.

So böten die Fachstellen „für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“, kurz DEXT, Informationsangebote, im Fall extremistischen Verhaltens von Schülern könne die Fachstelle „Rote Linie“ eingeschaltet werden, die ein Ansprechpartner im Umgang mit rechtsextrem affinen jungen Menschen sei, so Fredl.

Im Programm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ biete die Fachberatungsstelle OFEK Unterstützung bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung an. OFEK ist über die bundesweite Hotline unter Telefon 0800-6645268 oder online auf www.ofek-beratung.de zu erreichen.



Dirk Fredl
Foto: Staatliches Schulamt